

# Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugsgehalt freibleibend für den Monat eine Goldmark.  
Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Märk).  
Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.  
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebotes.



Anzeigenpreis: Die sechsheftige Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreizehntage Restamezeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unsterktem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Märk).  
Für Anzeigen an vorbeschriebenen Tagen, ferner für unsterklich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 52

Sonnabend, den 1. Mai

1926

## Die Richtlinien der deutschen Wirtschaftspolitik.

4 Berlin. Auf dem Industrie- und Handelstag, der seine diesjährige Tagung in Berlin abschließt, hielt der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius eine Rede.

Der Minister erwähnte die Einstellung unserer Wirtschaftspolitik, öffentliche Aufträge für die Wirtschaft in Zeiten der Not beschleunigt herauszubringen. Er teilte ferner mit, daß das Reichswirtschaftsministerium im Einverständnis mit dem Reichsbankdirektorium dem Reichskabinett den Entwurf einer Verordnung über die Außerkräftsetzung des Devisenankurses und des Verbotes des Deviseninterhandelns sowie den Vorschlag der Handelsbeziehungen nach Rußland zusammen mit den Ländern einen großen Teil des Restes von Exportgeschäften im Ausmaß von 900 Millionen, einer Ausfallgarantie, die ihr Gegenstück in der Sicherung des Dingemittelbezuges der Landwirtschaft gefunden hat. Auch die Exportkreditversicherung ist ein solcher neuer Weg. Die Hauptaufgabe der nächsten Zeit ist die

### Befreiung des Staates und der Wirtschaft von unproduktiver Arbeit.

und die Durchführung des Sparprogramms hier, die Rationalisierung dort.

Die Erkenntnis der Notwendigkeit einer Verwaltungsreform zieht immer weitere Kreise. Die Tätigkeit der öffentlichen Körperlichkeiten wird auf das Maß des unbedingt Notwendigen beschränkt. Schrankenlose Freiheit der wirtschaftlichen Einzel- oder Gesellschaftsunternehmen kann der Staat um seiner selbst willen nicht mehr dulden, sie würde auch die Wirtschaft vernichten. Der Ertragsdruck des Ministers spielte in dem Wunsch, daß Staat und Wirtschaft gemeinsam den rechten Weg aus unserer Not herausfinden werden.

### Der Reichszankler verteidigt das Regierungsprogramm.

Reichszankler Dr. Lütke be nutzte die Gelegenheit, um sich ziemlich ausführlich über die Wirtschaftspragen auszusprechen. In seiner Rede betonte er u. a.:

Wir sind von einer wirklichen Besserung der Lage noch weit entfernt. Die Zahl der Erwerbslosen und der Kurzarbeiter spreche eine erschreckende Sprache. Eine gewisse Verbesserung unserer Handelsbilanzverhältnisse sei unvermeidbar, und zwar eine Verbesserung, die nicht nur auf einer verringerten Einfuhr beruhe. Schon seit Anfang 1925 sei die Einfuhr im Steigen begriffen. Dabei beste aber die Tatsache bestehen, daß Deutschland's Anteil im Welt-handel, der 1913 ein Viertel betragen habe, bei der Einfuhr 1925 auf ein Bierzehntel zurückgegangen sei.

Die Ziffer der Erwerbslosen und Kurzarbeiter habe eine Höhe erreicht, die der am Ende des Ruhrkampfes und der unter den tiefsten Nachwirkungen der Inflation nicht viel nachgibt. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen betrage zurzeit noch immer 1,88 Millionen.

Gerade aber angesichts der ungeheuren Erwerbslosenzahl sei es Pflicht jedes Verantwortlichen, nicht aus kleinem Eigenmut von der Mitwirkung am neuen Aufbau der Wirtschaft zurückzusehen. Notwendig sei eine Hebung der Sparsamkeit; denn ohne diese, auf der unser Geldkreditwesen aufgebaut sei, könne die Wirtschaft nicht bestehen.

Die Sparsamkeiten seien auf zweieinhalb Millionen Mark gestiegen

und hätten sich damit in einem Jahre mehr als verdoppelt. Auch die Bank- und Depoteneinlagen hätten zugenommen. Er begrüße jede Senkung des Zins- und Provisionsstandes und hoffe, daß auch auf diesem Wege weiter kräftig vorangeschritten werde.

Die von den neuen Aufwertungsbestrebungen ausgehende Gefahr habe die Reichsregierung durch den bekann- ten Gesetzentwurf zu vermeiden gesucht. Ziel der gesamten Regierungsarbeit sei, in der Innen- und Außenpolitik be- ruhigte Verhältnisse zu schaffen. Die Herbeiführung einer allgemeinen Beruhigung in der Politik ist das erstbestmögliche, was die Reichsregierung überhaupt zum Wiederaufbau der Wirtschaft tun könne.

Das verfloßene Jahr habe sichtbare

### Fortschritte in der Befriedung der Welt

gebracht. Selbstverständlich sei das Ziel der Befriedung erst erreicht, wenn auch die zweite und dritte Rheinlandzone ge- räumt sei. Durch die Abmachungen von Locarno

sei eine Verringerung der Besatzungstruppen erreicht, die freilich noch erheblich hinter den berechtigten Wünschen Deutschlands zurückbliebe. Die Vorgänge in Genf hätten die politische Entwicklung des friedlichen Wiederaufbaus nicht abgebrochen. Auch der neue Vertrag mit Rußland sei als lebendiger Fortschritt auf der Bahn der allgemeinen politischen Beruhigung zu betrachten.

Deutschland müsse alles tun, um einen bei dem weltwirt- schaftlichen Warenaustausch so stark wie möglich wieder ein- zufügen. Für Deutschland bleibe die Qualitätsarbeit die beste Grundlage für eine Sicherung des Auslandgeschäftes. Für Deutschland seien

### Kolonien unbedingt notwendig.

Die deutsche Regierung bemühe sich vor allem in Rußland neue Absatzmärkte für Deutschland zu schaffen. Die Reichs- regierung habe eine Ausfallwirtschaft übernommen, um die Länder dazu zu veranlassen, bei Lieferungsgeheimnissen für Rußland ebenso vorzugehen. Die Verhandlungen über die Finanzierung könnten hoffentlich baldigt abgeschlossen werden.

Der preussische Handelsminister Dr. Schreiber hält eine gesunde „Steuerausgleichspolitik“ für die beste Lösung der Wirtschaftskrise.

Leber das Thema „Zur gegenwärtigen Wirtschaftslage Deutschlands“ sprach das erste geschäftsführende Präsidial- mitglied des deutschen Industrie- und Handelstages, der Reichsminister a. D. Hamann-Berlin. Seine Ausführun- gen ergänzten im wesentlichen die Rede des Reichszanklers.

### Die Reichsbank zur Frage der Diskontermäßigung.

4 Berlin. Auf dem Industrie- und Handelstag er- wählte der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, seit längerer Zeit sei die Frage einer erneu- ten Ermäßigung des Reichsbankdiskont- rates akut geworden. Die Reichsbank stehe einer solchen Ermäßigung nicht direkt ablehnend gegenüber, hemmend für eine Reduzierung der Bankrate ist lediglich das Mißverhält- nis zwischen dem langfristigen Anlage- und kurzfristigen Kreditgeld.

Schacht wandte sich Dr. Schacht gegen die Auf- nahme von Krediten bei öffentlichen Korporationen. Er betonte, daß hier größte Zurückhaltung geübt werden müßte, und daß die überflüssigen Gelder in erster Linie der Wirtschaft zugeführt werden müßten. Die heutige Geld- flüssigkeit erkläre der Reichsbankpräsident einmal mit der allgemeinen Krise, und zweitens vor allen Dingen damit, daß ein großer Teil der durch ausländische Kredite aufge- nommenen Gelder noch nicht dem Kapitalmarkt zugeführt sei.

### Der Rechtsausschuß gibt das Nennen auf.

Bertragung der Kompromißverhandlungen über die Fürstenabfindung auf unbestimmte Zeit.

4 Berlin. Der Rechtsausschuß des Reichstages ist nach ergebnislosen Verhandlungen über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den vormals regierenden Fürsten- häusern auseinandergelangen.

Der Zentrumsabgeordnete Schulte-Breslau er- klärte namens der Zentrumsparlei, daß eine weitere Be- ratung bei der Haltung der Freigepartei zweifellos sein werde. Der Sozialdemokrat Dr. Rosenfeld wünschte, man solle zunächst den im Reichstag anstehenden Entei- gnungsentwurf abwarten. Der Demokrat Freisler von Nitzsch meinte demgegenüber, es müsse noch vor dem Volksentscheid klargestellt werden, ob man im Reichstag eine mittlere Lösung finden könne. Der Volksparteiler Dr. Wundt sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Regierung im Februar nicht stehend hervorgetreten sei. Es folgte eine Erklärung des deutschnationalen Abgeordne- ten Dr. Barth. Dieser meinte, es sei nicht Schuld der Deutschnationalen, wenn die Verhandlungen jetzt zum Ab- bruch kämen. Nachdem dann noch der Abgeordnete Pre- ger von der Bayerischen Volkspartei gesprochen hatte, gab der Vorsitzende, der Volksparteiler D. Dr. Kahle

### eine Erklärung folgenden Inhalts

ab: „Man dürfe den Wert der Kompromißarbeit in 36 Sitzungen, die bisher zur Auseinandersetzung mit den vormals regierenden Fürsten festgestellt haben, doch in keiner Weise unterschätzen. Wie sich die Dinge in aller- nächster Zeit entwickeln würden, könne niemand voraus- sagen. Er für seine Person glaube, daß der Zeitpunkt kommen werde, in dem der Reichstag wieder auf die un- entbehrliche Arbeit der Kompromißparlei angewiesen sein werde.“

Daraufhin wurde der Beratungsantrag auf unbe- stimmte Zeit angenommen.

### Das Duellgesetz vor dem Reichstag.

Reichstag, 191. Sitzung vom Donnerstag, dem 29. April.

In Anwesenheit des Innenministers Dr. Rißz und des Justizministers Dr. März eröffnet der Reichstagspräsident Ebe die heutige Reichstagsitzung. Zur Besprechung gelangt zunächst der Gesetzentwurf über die Bestrafung des Zweikampfes.

Der Berichterstatter, der deutschnationale Abgeordnete Dr. Barth, empfiehlt im Namen des Rechtsausschusses, der der Vorlage mit 10 gegen 8 Stimmen zustimmte, die unveränderte Annahme.

Die nächsten Abgeordneten geben Erklärungen für ihre Frak- tionen ab.

Der Gesetzentwurf wurde dann in zweiter und dritter Lesung gegen Sozialdemokraten, Kommunisten und Bäckische sowie einige Zentrumsmitglieder an- genommen.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfs über

### die Enteignung der Fürstenvermögen

wurde dann fortgesetzt.

Abg. Saenger (Soz.) richtet heftige Angriffe gegen die Gegner des Enteignungsgesetzes, u. a. auch gegen den Innen- minister Rißz, dessen gute Ratshläge er ablehnt. Der Redner bespricht dann die Verhältnisse in Bayern und behauptet, daß Recht und Befriedung dort mit Füßen getreten würden, und daß Bayern Felonie an Deutschland begangen habe.

Der Präsident gibt nunmehr bekannt, daß der neue Kompromißantrag des Zentrums und der demokratische Antrag auf an- gemessene Abfindung der Fürsten eingegangen sind. Das Zentrum und die Demokraten zugleich beantragen, beide Anträge dem Rechtsausschuß zu überweisen.

Darauf werden die Beratungen auf Freitag 2 Uhr zur Weiterberatung abgebrochen.

### Der Berghaushalt vor dem Preussischen Landtag.

161. Sitzung vom 29. April.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Berg- haushalts.

Abg. Osteroth (Soz.) hebt als Berichterstatter hervor, daß der Hauptausgleich für den Neubau eines chemischen Instituts die Summe von 150 000 Mark auf 600 000 Mark erhöht und für Auf- wendungen aus Anlaß der verfahrensweisen Bestellung von sechs Grubenkontrolloren 40 000 Mark angelegt hat. Dem Hause liegen zahlreiche Anträge vor, um den Wettbewerb des heimischen Bergbaus besonders gegen die starke Konkurrenz Englands zu er- leichtern.

Darauf wurde die Beratung des Berghaushalts unterbrochen und eine große Pause von

### Abstimmungen zur landwirtschaftlichen Verwaltung.

vorgenommen. Abgelehnt wurde dabei ein Antrag, die Einfuhr von Gefrierfleisch mit Erfüllung des 1925 gewährten Kontingents einzustellen. Mehrere Anträge, die sich mit der Kreditfrage be- zogen, wurden angenommen.

Nach Erledigung dieser Abstimmungen setzte das Haus die unterbrochene Beratung des Berghaushalts fort.

### Sturz der lettlandischen Regierung.

Riga. Das Rigauer Parlament lehnte den Haushaltsplan mit 49 gegen 45 Stimmen ab. Die Regierung hat darauf ihren Rücktritt erklärt.

### Berlin über die Ententehege.

Berlin. Die Angriffe der englischen und französischen Presse gegen den deutsch-russischen Vertrag nehmen zu. In der Wilhelmstraße ist von der Absicht eines französischen Schrittes noch nichts be- kannt. Die deutsche Regierung beschließt sich auch weiterhin, den deutschen Botschafter in Paris nach Genf zu entsenden. Die Angriffe, die sich zunächst gegen die juristische Konstruk- tion des deutsch-russischen Vertrages richteten, gehen jetzt mehr auf allgemeine politische Gebiete über und bewegen sich hauptsächlich in der Richtung, daß Deutschland der Vorwurf gemacht wird, es habe die Basis der politischen Verständigung der Locarnomächte durch den Abschluß des Vertrages mit Rußland gestört.

Die deutsche Regierung wird sich wahrheitsgemäß schon in nächster Zeit von neuem über die allgemeine Richtung ihrer auswärtigen Politik äußern und dabei wieder betonen, daß sich Deutschland auch in Locarno die Freiheit eines Vertragsabchlusses mit Rußland und eine gleichzeitige nach Westen und nach Osten gerichtete Friedens- politik vorbehalten habe.

### Politischer Umschwung in Rußland?

Die Sowjetregierung hat die Auflösung der Republik Sowjets in der transkaukasischen Republik verfügt, weil die kommunistische Partei über 80 Prozent der Stimmen verloren hat. Gleichzeitig sind neue Wahlen angeordnet worden, die am 20. Mai statt- finden sollen. In diesen Wahlen werden sich auch die dortigen Truppenteile der Roten Armee beteiligen, wodurch man eine Stärkung der kommunistischen Stimmen zu erreichen hofft.